

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Haaslerova nám. 32.

Telephone: Tagesredaktion: 6793. Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich ... K 16.— vierteljährlich ... 48.— halbjährig ... 96.— ganzjährig ... 192.—

Abschließung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich 1 Blatt

3. Jahrgang.

Freitag, 14. Dezember 1923.

Nr. 291.

Eine erstaunliche Neuordnung.

Die politische Landesverwaltungscommission von Böhmen beabsichtigt eine Neuzusammensetzung der Bezirksverwaltungscommissionen vorzunehmen und sie hat bereits den Vertrauensmännern der politischen Parteien in den Bezirken Erlässe zukommen lassen, welche diese Neuordnung vorbereiten sollen. Die Art und Weise, wie diese Neuordnung beschaffen sein soll, fordert zum schärfsten Widerspruch heraus. Nach der Meinung der hohen Landesobrigkeit entspricht die bisherige Zusammenlegung der Bezirksverwaltungscommissionen nicht mehr den Parteiverhältnissen und der politischen Gruppierung der Bevölkerung. Man könnte diese liebevolle Rücksichtnahme der Landesverwaltung auf die politische Gesinnung der Bevölkerung rührend finden, wenn man nicht wüßte, wie sie bisher die Gebote der Gerechtigkeit erfüllte, und wenn man nicht sähe, worauf der so plötzlich ausgebrochene Gerechtigkeitsdrang abzielt: auf die Schwächung der Sozialdemokraten und die Stärkung des bürgerlichen Elementes innerhalb der Bezirksverwaltungscommissionen! Wenn schon bis heute die deutschen Sozialdemokraten in ihrem Vertretungsrechte in den Bezirksverwaltungscommissionen verkürzt waren, so soll dies nach der bürokratischen Willkürmaßnahme, die sich „Neuordnung“ nennt, nur noch in verstärktem Maße der Fall sein. Gerechtigkeit: dein Name ist nicht Landesverwaltungscommission!

In den alten, auf Grund eines engherzigen Wahlsrechtes gewählten Bezirksvertretungen, welche die Vorgängerinnen der heutigen Bezirksverwaltungscommissionen waren, herrschten uneingeschränkt die Vertreter des Bürgertums und der Agrarier. Die Arbeiterschaft war von diesen Körperschaften und von der Teilnahme an der Verwaltung der ihnen zugewiesenen wichtigen Ämtern vollständig ausgeschlossen. Nach dem Umsturz zog auch in diese, vom muffigen Geiste der Privilegierten erfüllten Körperschaften, ein frischerer Luftzug ein und an die Stelle der sozusagen gewählten Bezirksvertretungen traten die Bezirksverwaltungscommissionen, deren Mitglieder von der politischen Landesverwaltung ernannt wurden, ein Vorgang, der an und für sich schon der bürokratischen Willkür Tür und Tor öffnete. Als Maßstab für die Stärke der Vertretung der einzelnen Parteien in den Bezirksverwaltungscommissionen sollte das Ergebnis der ersten Gemeindevahlen dienen, aber in Wahrheit war die Art der Zusammensetzung in vielen Bezirken sehr weit von diesem Maßstab entfernt. Das gilt vor allem von den deutschen Bezirken und besonders von jenen mit stärkerem agrarischen Einschlag. Alle Bemühungen, den Vertretungsschlüssel zugunsten der Arbeiterschaft zu ändern, schlugen fehl, denn so wie sich die Bürgerlichen früher jedem Eindringen der Arbeiter in diese Körperschaften durch eine Forderung des Wahlsrechtes widersetzt hatten, so bewährte sich auch ihr Solidaritätsgefühl, als es hieher galt, eine wirklich gerechte Zusammensetzung der Kommissionen in vielen Bezirken zu verhindern.

Stellte also schon der bisherige Zustand ein Unrecht dar, so soll dies nun noch weit ärger werden. Die politische Landesverwaltung hat, wie es heißt, den Schlüssel für die Vertretung der einzelnen Parteien in jedem Bezirke selbst festgesetzt und verlangt durch die politischen Bezirksbehörden von jeder Partei eine bestimmte Anzahl von Namen zur Nennung. Die Zahl der in den Bezirken auf die einzelnen politischen Parteien entfallenden Vertreter ist also, gemäß dem Ermessen der Landesverwaltung bereits festgesetzt und die Parteien wurden aufgefordert, die doppelte Anzahl von Personen zu nominieren, von denen die Hälfte als Ersatzmänner zu gelten hat. Welcher Grundlagen hat sich, so

Deutschland verlangt direkte Verhandlungen.

Eine Note an Poincaré. — Ausichtsreiche Kreditverhandlungen mit Auslandsgruppen.

Berlin, 13. Dezember. (Eigenbericht.) Die deutsche Regierung kündigt offiziell an, daß sie die Absicht hat, in aller nächster Zeit an die französische Regierung eine Note zu richten, in der direkte Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über den Gesamtkomplex der Reparationen und der Frage der besetzten Gebiete angeregt werden. Bisher hat Poincaré solche Verhandlungen abgelehnt. Nachdem aber zwischen den französisch-belgischen Besatzungsbehörden und den deutschen Industriellen Verträge über die weitere Gestaltung der Verhältnisse im besetzten Gebiete abgeschlossen sind, hat nach Ansicht der deutschen Regierung Frankreich anerkannt, daß der passive Widerstand beendet sei. Damit entfalle für die französische Regierung jeder Grund, direkte Verhandlungen mit Deutschland abzulehnen.

Es ist zu hoffen, daß diese Verhandlungen Aussicht auf Erfolg haben werden, damit Frankreich auch in der Frage der Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit nicht mehr so unnochgiebig sich zeige wie bisher. Man nimmt an, daß sich Amerika deshalb, wenn auch vorläufig erst inoffiziell an den Verhandlungen des inter-

nationalen Untersuchungsausschusses beteiligen will, weil Poincaré gewisse Zugeständnisse an den amerikanischen Standpunkt gemacht hat. Die Teilnahme Amerikas an dem Untersuchungsausschuss ist deshalb für Deutschland besonders wichtig, weil ohne ausländische Kredithilfe die Sanierung der deutschen Finanzen nicht möglich ist, und weil für diese Hilfe in erster Linie das amerikanische Kapital in Betracht kommt.

Die deutsche Regierung will versuchen, alle diese Dinge so schnell wie möglich in Gang zu bringen. Daneben bemüht sie sich schon jetzt, einen Kredit im Auslande aufzunehmen. Die bisherigen Verhandlungen wegen größerer Auslandsanleihen sind infolge der Regierungskrisen in Deutschland wiederholt unterbrochen worden, nunmehr ist es aber gelungen, mit den in Frage kommenden ausländischen Kapitalistengruppen zu einem gewissen Abschlusse zu kommen und man versichert hier, daß bereits ein bestimmter Termin für die letzten Verhandlungen über die Art, Umfang und Bedingungen des Kredites festgesetzt werden konnte.

* * *

Das Schicksal von Rhein und Ruhr.

Berlin, 13. Dezember. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird die Regierung in diesen Tagen an die französische Regierung herantreten mit dem Ersuchen, über die Frage des Rhein- und Ruhrgebietes in direkte Verhandlungen einzutreten. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß eine Untersuchung über die Leistungsfähigkeit Deutschlands, wie sie von der Reparationskommission geplant ist, nur dann Erfolg haben kann, wenn vorher das Schicksal von Rhein und Ruhr vollständig geklärt worden ist. Ferner ist die Reichsregierung der Auffassung, daß Verhandlungen zwischen den Besatzungsmächten und der Bevölkerung des besetzten Gebietes über staatliche und verwaltungsrechtliche Fragen nicht mehr stattfinden können. Sie hat sich in dieser Beziehung mit dem 60er-Ausschuss des besetzten Gebietes geeinigt. Verhandlungen seien schon aus dem Grunde nötig, weil der Nicum-Vertrag mit der deutschen Industrie nur bis März des kommenden Jahres läuft und die Reichsregierung nur für diese Zeit gewisse Garantien gegenüber der Industrie übernommen hat. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß die Verhandlungen über die weitere Gestaltung dieses Vertrages von Regierung zu Regierung geführt werden müssen.

muß man fragen, die Landesverwaltung dabei bedient? Angeblich sollen es die Ziffern der Gemeindevahlergebnisse sein. Aber welcher Art sind denn diese Ziffern in den einzelnen Bezirken und wie kommt die politische Landesverwaltung zu diesen angeblichen Ziffern, die doch bis heute amtlich noch gar nicht veröffentlicht wurden? Wohl sind die Wahlergebnisse aus den einzelnen Gemeinden amtlich bekanntgegeben worden, aber ihre statistische Durcharbeitung und Zählung nach Bezirken, Nationalitäten, Parteien und Ländern, wie überhaupt die Zusammenstellung des Gesamtergebnisses, sie stehen heute noch aus! Seit den Gemeindevahlen ist ein volles Vierteljahr verflossen, doch die Regierung hat das statistische Ergebnis der Wahlen noch immer nicht bekanntgegeben, obwohl die Zählung längst beendet sein muß, offenbar deshalb nicht, weil daraus hervorgehen würde, daß der politische Wille der Bevölkerung der Zusammensetzung der parlamentarischen Körperschaften widerspricht. Die Ziffern würden wohl zeigen, daß die heute regierende Koalition nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, darum müssen sie in geheimnisvolles Dunkel gehüllt bleiben. Wenn nun das Ministerium diese Ziffern nicht bekanntgegeben hat, wie kann die Landesverwaltung es wagen, diese nicht existierenden Ziffern doch als Maßstab der von ihr geplanten „Neuordnung“ der Bezirksverwaltungscommissionen

Deutschland zahlt keine Beamtengehälter

Berlin, 13. Dezember. (Wolff.) Das Reichskabinett mußte sich angesichts der außerordentlichen schwierigen Finanzlage des Reiches zu seinem Bedauern entschließen, anzuordnen, daß die für den 17. Dezember in Aussicht genommenen Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte für die zweite Dezemberhälfte an diesem Tage nur zur Hälfte geleistet werden. Es ist in Aussicht genommen, den Rest am 21. Dezember auszuführen. Die Reichsregierung sah sich zu dieser Anordnung trotz der ihr bekannten Notlage der Beamtenschaft gezwungen, da die Mittel zu einer rechtzeitigen vollen Auszahlung nicht vorhanden sind und trotz aller Anstrengungen nicht herbeigeschafft werden konnten.

Ein nicht genehmer sozialistischer Minister.

Dresden, 13. Dezember. Die Deutschnationalen haben im Landtag ein Mißtrauensvotum gegen den sozialdemokratischen Innenminister Liebmann wegen dessen kommunistenfreundlicher Betätigung eingebracht. Die Abstimmung darüber wird voraussichtlich bereits morgen erfolgen. Da aber die Kommunisten zusammen mit den Sozialisten dagegen stimmen werden, ist die Ablehnung des Antrages zu erwarten.

zu verwenden? Wieso? Nun, so versteht man eben hierzulande Recht und Gerechtigkeit! Aus dem bei den Gemeindevahlen geäußerten Willen der Wähler für die Gesetzgebungs-körperschaften die notwendigen Konsequenzen abzuleiten, fällt den Machthabern nicht ein, aber die weit weniger bedeutsamen Bezirksverwaltungscommissionen sollen danach neu zusammengesetzt werden! Wie soll aber die Möglichkeit einer Überprüfung des Grades der Gerechtigkeit bei dieser Neuzusammensetzung geschaffen werden, wenn die Wahlziffern in ihrer bezirksweisen Gruppierung noch gar nicht bekannt sind?

Es ist offenkundig, daß es sich bei der Sache um einen Vorstoß der reaktionären, arbeitserfindlichen Bürokratie und der bürgerlichen Reaktion handelt. Das werden und können sich die Arbeiter nicht gefallen lassen! Wenn die Landesverwaltung erklärt, jetzt an dem von ihr willkürlich und selbstherrlich festgestellten Schlüssel nichts ändern zu können, so darf es dabei nicht sein Betenden haben. Es müssen sofort überall innerhalb der vorgeschriebenen Frist, das ist bis zum 19. Dezember bei den politischen Bezirksverwaltungscommissionen schriftlich begründete Einwendungen erhoben werden, über welche die Landesverwaltung zu entscheiden haben wird. Ueber den im Dunkel vorbereiteten Plan und den Anschlag, den die Neuordnung bedeutet, wird aber auch sonst noch ein ernstes Wort zu reden sein!

Der Kampf um die Sozialversicherung.

Zum Verbandstag der Krankenkassen.

Die heute in Ruffig zusammentretende Delegiertenversammlung des Reichsverbandes deutscher Krankenkassen in der tschechoslowakischen Republik hat eine bedeutungsvolle Aufgabe: es gilt Stellung zu nehmen zur Sozialversicherung der Interessen der deutschen Arbeiterschaft dieses Staates wahrzunehmen in einer der wichtigsten Arbeiterfragen, die auf die Tagesordnung der gesetzgebenden Körperschaften demnächst gelangen wird. Darum geht das Interesse, das diese Tagung findet, diesmal über den Rahmen eines engen Kreises von Fachgenossen hinaus, die gesamte deutsche Arbeiterschaft dieses Staates sieht den Verhandlungen des Krankentages mit Spannung entgegen, weil diese den Auftakt zum Kampfe um die Sozialversicherung geben werden.

Seit drei Jahrzehnten erhebt die Arbeiterschaft die Forderung nach der Versicherung im Alter, im Falle der Invalidität, der Witwen und Waisen. Alle Kämpfe, die um diese Forderungen im alten Oesterreich geführt wurden, sind ergebnislos gewesen, und erst der Sieg der Demokratie hat dieser Forderung jene Gewalt verliehen, die es bewirkt hat, daß wir vor ihrer Verwirklichung stehen. Aber auch im tschechoslowakischen Staate hat man der Gesetzgebung der Sozialversicherung schwere Hindernisse entgegengesetzt. Schon Ende 1921 war ein diesbezüglicher Antrag des Ministeriums für soziale Fürsorge, der aus der Zeit der Ministerchaft des Genossen Dr. Winter stammte, fertig. Die bürgerlichen Kreise und die Bürokratie haben aber die Vorlage des Gesetzesentwurfes an das Abgeordnetenhaus mit der Begründung hintertrieben, daß die Ergebnisse der Volkszählung abgewartet werden müßten. Auf Grund dieser Ergebnisse nun, lag das Gutachten der Fachkommission im Dezember 1922 endlich vor, aber da begann erst das Wühlen einer geheimen Marmarillo, welche die Verwirklichung der proletarischen Forderung mit aller Kraft vereiteln wollte. Unbekannte und der Öffentlichkeit nicht Verantwortung stehende Kreise haben eine Änderung der ursprünglichen Vorlage bewirkt, an der, nachdem sie dem Ministerium für soziale Fürsorge unterbreitet war, die Pölla weitere Veränderungen — selbstverständlich nur Verschlechterungen — vornahm. Bis heute sind alle jene Gesetzesentwürfe, welche die Sozialversicherung verwirklichen sollen, noch nicht fertig, so der Gesetzesentwurf über die Frage der Organisation, die Festsetzung der Prämien, des Wahlverfahren für den Ueberwachungsausschuss usw. Auch der gesamte Motivenbericht liegt der Öffentlichkeit noch nicht vor.

Die Aufgabe der Vertreter der deutschen Arbeiterschaft ist es, in diesem Stadium der Dinge das Organisationsproblem der Sozialversicherung zur Diskussion zu stellen. Wohl sind wir auch mit den Leistungen für die Versicherten, wie sie in dem Gesetz vorgesehen sind, nicht einverstanden, aber nach den jahrzehntelangen Erfahrungen mit der Krankenversicherung können wir sagen, daß die Form der Organisation das Grundlegende bei der Lösung der Frage der Sozialversicherung ist, weil es eine gute Organisation der Versicherung — genau so wie bei den Krankenkassen — ermöglicht, über das im Gesetz Gebotene hinauszugehen und so einen Teil der Forderungen der Arbeiterschaft in der Praxis zu verwirklichen, selbst wenn das Gesetz hinter unseren Wünschen zurückbleiben sollte.

Was die Arbeiterschaft in erster Linie verlangen muß, das ist die Einheitskassa, die Zusammenfassung aller Versicherungspflichtigen Arbeitnehmer in einer Versicherung. Es muß hier der Befürchtung Ausdruck gegeben werden, daß, obzwar der Gesetzesentwurf über die Organisationsform der Sozialversicherung noch nicht vorliegt, die maßgebenden Kreise der Regierungsmehrheit den Gedanken der Einheitskassa bereits ausgegeben haben, daß wir mit der besonderen Versicherung für landwirtschaftliche Arbeiter, Bergarbeiter, Angestellte, Eisenbahner, Tabakarbeiter weiter zu rechnen haben werden. Ebenso wird die geplante Vereinigung aller Versicherungs-zweige kaum zur Durchführung gelangen. In die große Organisation der Sozialversicherung wird weder die Pensionsversicherung der Angestellten noch die Bergarbeiterversicherung, noch auch die Unfallversicherung einbezogen werden. Und doch wäre dies aus Gründen der Defonomie dringend geboten. Es wird behauptet, daß durch

die Vereinigung aller der genannten Versicherungsweige die von den einzelnen Kategorien von Arbeitnehmern erworbenen Rechte Schäden leisten könnten. Aber gerade das Gegenteil ist richtig! Denn nur durch die Vereinigung aller Versicherungsweige können die Organisationsstellen der Sozialversicherung leistungsfähig gemacht werden, nur die Vereinigung aller Versicherungsweige und das Prinzip der Einheitskassa können die Garantiedarüber bieten, daß die erworbenen Rechte gewisser Kategorien von Arbeitnehmern gesichert werden.

Im Kampfe um die Sozialversicherung müssen die Arbeiter und Angestellten unter allen Umständen auch das Prinzip der Selbstverwaltung verteidigen. Das ist für uns das wichtigste Problem der Sozialversicherung überhaupt: ohne Selbstverwaltung keine Sozialversicherung! Dessen Prinzip der Selbstverwaltung, von dem wir nie und nimmer abgehen können, widerspricht jedoch die Ernennung der leitenden Beamten in den Bezirksversicherungsanstalten, sowie in der Zentralanstalt, widerspricht die Unterstellung des Vorstandes und sogar der Generalversammlung unter den ernannten Direktor und widerspricht der Bestimmung des Gehaltensurteils, daß zwischen der Zentralanstalt und den untersten Organen der Versicherung keine Zwischeninstanzen aufgestellt werden. In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß, falls es bei der gedachten Organisationsform bleiben und das Sprachgesetz auf die Sozialversicherung Anwendung finden sollte, das Beschwerderecht des deutschen Arbeiters in seiner Sprache einfach aufgehoben wird. Dabei gibt es bereits Institutionen, die die Rolle der Zwischeninstanzen übernehmen könnten: die bestehenden Verbände. Die leitenden tschechischen Regierungskreise aber wollen die Verbände nicht, so wie sie die Selbstverwaltung nicht wollen.

Die Arbeiterschaft wird also in den nächsten Wochen einen energischen Kampf darum führen müssen, daß ihre Interessen bei der Gesetzgebung der Sozialversicherung gewahrt werden, weswegen jeder Arbeiter und Angestellte die Beratungen des Kassentages mit dem größten Interesse verfolgen muß und weshalb den Beschlüssen dieser Tagung für die Arbeiterschaft eminente Bedeutung zukommt.

Der Kassentag wird sich daneben noch mit einer Reihe für die Krankenkassen wichtigen Dingen befassen. Es wird ein Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassen gegeben werden, der den Kassen und damit der gesamten Arbeiterschaft von großem Nutzen in den letzten Jahren gewesen ist. Die vielen Gesetze und Verordnungen, die auf diesem Gebiete seit dem Jahre 1917 erschienen sind, hätten von den Kassen gar nicht durchgeführt werden können, wenn der Verband nicht mit Rat und Unterstützung zur Stelle gewesen wäre. Bei der Neuprüfung der Rezepte hat der Verband den Kassen Unsummen erspart; bei der notwendig gewordenen inneren Umgestaltung der Krankenkassen, bei der Revision, bei der Statistik hat der Verband den Kassen wertvolle Dienste geleistet.

Auch über die kommenden Aufgaben des Verbandes und der Kassen wird auf dem Kassentag gesprochen werden. Die Sozialversicherung stellt den Kassen große Aufgaben, die weit über die Notwendigkeit hinausgehen, für mehrere kleinere Krankenkassen diejenigen Institutionen (Ambulatorien) zu schaffen, die sich sonst nur eine große Krankenkasse leisten könnte. Der Kampf gegen die Volkskassen wird nur mit Aussicht auf Erfolg von den Krankenkassen gemeinsam geführt werden können, insbesondere im deutschen Gebiet, das nicht wie die tschechischen Gebiete über die Einrichtung des roten Kreuzes verfügt. — Aus dem Aufgabebereich des Verbandes und der Kassen konnte nur wenig angeführt werden, aber schon das zeigt die eminente Bedeutung der heute beginnenden Verhandlungen.

Die Krankenkassen sind der stärkste Faktor auf dem Gebiete des Gesundheitswesens der Arbeiter und Angestellten. Angesichts der großen Wichtigkeit der zu erörternden Fragen wünschen wir im Interesse der Arbeiterschaft dem Verlaufe der Tagung den allerbesten Erfolg!

Wie der Staat zu einem „Malignus Tutor“.

An den Ersparnissen des Budgets sind alle Ressorts beteiligt. Natürlich gehen die Ersparnisse des Unterrichtsministeriums auf Kosten des deutschen Schulwesens. Abgesehen davon, daß eine ganze Reihe von Hochschulen fehlen, so sind die vorhandenen vollständig unzulänglich. Wir müssen auch feststellen, daß für die Studenten viel zu wenig geschieht.

Redner bespricht den bei uns herrschenden militärischen Geist. Ist es nicht etwa ein Ausdruck der militaristischen Orientierung, wenn es möglich gewesen ist, daß in Prag

die Vorführung eines Friedensfilms verboten worden ist mit der lächerlichen Begründung, daß die Seelen der Abgeschiedenen, die im letzten Akte in einer Apotheose erscheinen, unbedeutend sind. Wie heuchlerisch dieser Einwand und wie unbegründet er ist, zeigt deutlich die Gestaltung des Filmes „Keros Liebesnach“, der hier auf ungeschworenen Plätzen an den Straßen angekündigt ist und auf welchem mindestens 50, wenn nicht mehr weibliche Akte zu sehen sind. Aber diese militaristische Orientierung ist uns so in Fleisch und Blut übergegangen, daß man allen Ernstes die Armee für eine pazifistische Einrichtung hält und daß die tschechische „Frauenliga für Frieden und Freiheit“ den französischen Frauen, die in der letzten Zeit einen Aufruf im pazifistischen Sinne ertönen, den Vorwurf gemacht hat, daß sie, weil sie antimilitaristisch wären, nicht pazifistisch seien. Wir haben ja auch hier von maßgebender Stelle gehört, General Foch sei der größte Pazifist usw. usw. Diese scheinbaren Wize werden hier schließlich und endlich wahrer Ernst.

Die Beträge, die den einzelnen Fakultäten der Universität zugewiesen werden, sind geradezu lächerlich. So hat die deutsche medizinische Fakultät in Prag von der Rockefeller-Stiftung allerdings 200 Dollar bekommen, damit sie sich die Bücher anschaffen könne, die der tschechoslowakische Staat nicht anschaffen will. Die medizinische Fakultät hat 200 Dollar auf Bücher bekommen. Warum? Weil 19 Millionen Kronen erspart werden müssen. Ein Zehntel, ein Hundertstel von dem, was anderswo hinausgeworfen wird, hätte genügt, uns vollkommen zu befriedigen.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die ordentlichen Dotationen für die einzelnen Institute vollkommen unzulänglich sind. Man hat Provisorien geschaffen und sich mit sogenannten außerordentlichen Dotationen geholfen. Diese außerordentlichen Dotationen wurden für das Jahr 1924 nicht völlig eingesetzt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre, namentlich nach den Erfahrungen des Jahres 1923, bloß ein Drittel. Es ist ganz unmöglich, mit dieser minimalen Summe für 1924 das Auslangen zu finden, wo wir wissen, daß alles so ungemein teuer geblieben ist, ja daß manches sogar noch teurer wird. Was wir namentlich in den medizinischen Instituten für den Alkohol (Ruse: Spiritus) oder Spiritus, wenn Sie wollen, ausgeben müssen, ist horrend.

Dr. Mareš: Verlangen Sie Alkohol und Sie werden ihn bekommen. Wiechowsky (fortfahrend): Man hat mir gesagt, wenn ich Schritte unternehmen würde, wird man den Zölibat soviel geben, daß sie sozusagen in Alkohol ertrinken können. Aber bedenken Sie das eine: wir müssen den Alkohol selbstverständlich bezahlen und zwar sehr teuer. Wir bekommen wohl unverschämter Alkohol, aber wir sind verpflichtet, die Verwendung jedes einzelnen Liters ganz genau anzugeben, und wenn unbegleitete Rechnungen da sind, so werden von den Behörden in erster Linie die Rechnungen der Spirituszentrale bezahlt. Andere Lieferanten müssen warten.

Wenn wir gehört haben, daß 10 Millionen aus dem Spiritusfond einfach verschwinden und wenn wir gleichzeitig mit jedem Tropfen Alkohol sparen müssen, so sage ich:

Was läge daran, wenn man ein paar wissenschaftlichen Instituten den Alkohol umsonst geben würde?

Unsere Demonstratoren- und Operationsjünger an der einzigen deutschen Universität, die wir haben, sind für das nächste Jahr mit einem Betrage von 14.000 Kronen angestellt, bei einem Kollegiengehalt von fast einer halben Million, das die deutsche Universität in Prag aufbringt. Während die Universität in Peking nur 146.000 Kronen Kollegiengehalt aufbringt, sind dort 75.000 Kronen für Demonstratoren- und Operationsjünger an Stipendien für sie ausgeworfen. Auch Brunn ist in dieser Beziehung sehr interessant. An der Brunner Universität werden 100.000 Kronen an Stipendien ausgeworfen bei einem Kollegiengehalt von 200.000 Kronen, also nur der Hälfte der deutschen Universität in Prag.

Da wir nun von der Gegenseite immer hören, daß wir mehr hätten als uns gebührt, mögen Sie aus Besorgnis das Gegenteil annehmen. Was für die Demonstratoren und Operationsjünger gilt, das gilt in besonderer Weise für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Es ist heutzutage vollkommen ausgeschlossen, daß ein begabter junger Mediziner gefördert würde, denn die Unterrichtsverwaltung hat kein Geld für ihn übrig.

Redner bespricht nun das bürokratische Vorgehen der politischen Landesverwaltung gegenüber der Universität, für das er zahlreiche Beispiele anführt. Wenn wir gegen das Budget stimmen, so geschieht dies nicht nur, weil wir

kein Vertrauen zu dem herrschenden System haben, sondern weil wir mit seinen Einzelheiten, besonders betreffs der Unübersicht, unzufrieden sind.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung gelangten noch eine ganze Reihe von Redner zum Worte, darunter auch der deutsche Christlichsozialer Dr. Pilgerreiner. Er erklärt u. a.: Die Selbstverwaltung wurde keineswegs zu einem Staat im Staate führen. Es wäre an der Zeit, daß sich die Mehrheit mit dieser Forderung ernstlich beschäftigen würde, denn unter 3 Millionen, die nicht gestimmt sind, vom Schauplatz zu verschwinden. In dieser Forderung stehen wir Deutsche von links bis rechts in einer geschlossenen Front und diese Forderung wird unterstützt von den Ungarn, Slowaken, Ruthenen und Polen. Ich glaube, wir können auch verlangen, daß man deutsche Beamte entsprechend dem Bevölkerungsverhältnis anstellt, denn wir stehen auf dem Boden des Staates, zahlen lokal Steuern und stellen Rekruten.

Gegen 11 Uhr abends wurde die Sitzung geschlossen.

Für die arbeitslosen Opfer des kapitalistischen Systems.

In der Mittwoch-Sitzung des Senates gelangte auch Genosse Eder zum Worte, der erklärte, die Arbeiterschaft hat das meiste Recht, zu sagen, daß sie beim Rechnungsabschlusse des fünfjährigen Bestandes dieses Staates am schlechtesten weggekommen ist. Nach dem Zusammenbruch hat es den Anschein gehabt, daß die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft verwirklicht würden. Nach dem vielverheißenden Anlauf glaubte die Arbeiterschaft, das Fehlende im Laufe der Zeit nachholen zu können. Gerade das abgelaufene Jahr und das, was im nächsten Jahre geschehen soll, bringt einen Rückschritt! Unsere ganze sozialpolitische Gesetzgebung ist ins Stocken geraten. Aber gerade die Arbeiterschaft ist jener Teil des Volkes, der das meiste Recht hat, an den Staat Forderungen zu stellen, nicht nur, weil er wohl im eigentlichen Sinne des Wortes der staatserschaffende ist, sondern weil er auch produktiv der notwendigste Faktor in Staat und Gesellschaft ist.

Wenn wir die bürgerlichen Pressenachrichten, die verschiedenen bürgerlichen Versammlungsredner hören und Zeitungen lesen, ganz gleich ob auf tschechischer oder deutscher Seite, sehen wir, daß man die Armen, die Arbeitslosen, geradezu beschimpft, weil der Staat Mittel für sie verwendet. Gerade diese kommen aber am unschuldigsten dazu. Was werden unsere Agrarier sagen, wenn irgend ein Elementarereignis, eine Ueberschwemmung, ein Brandunglück usw. eintritt und wir dann erklären, „sie mögen sich kümmern, hätten sie sich doch versichert“ usw. Sie würden sagen: Ihr habt kein Menschlichkeitsgefühl. Es mögen das unglückliche Menschen sein, deren Besitz zum Teil zerstört wurde, die in ihrem Vermögen beschädigt werden. Aber können Sie sich in die Gefühle aller dieser Menschen hineinsetzen, die da die Arbeiter als Faulen er hinstellen, die verlangen, daß der Staat die Unterstützung einstelle? Können Sie sich in die Lage eines Arbeiters hineinversetzen, der gar nichts hat. Dem Arbeiter kann nichts abgenommen werden, er hat nur eines: Das ist seine Arbeitskraft. Wenn der Arbeiter diese nicht verkaufen kann, ist er das hilfloseste und unglücklichste Geschöpf, das es gibt.

Nicht allein, daß man also die so notwendige Arbeitslosenunterstützung gedrosselt hat, der Staat tut auch nichts, um die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten durch Kostensparbeiten zu vermindern. Wie ist es zu recht fertigen, daß nach einem Jahre keine Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt wird? Wir verlangen deshalb die volle Handhabung des Gesetzes. Zu alledem scheint es, daß das Arbeitsbuch wieder eingeführt werden soll. Wir fordern weiters eine Ausgestaltung der Gewerbeinspektion. Es wird Aufgabe aller sozialistischen Parteien sein, sich für eine baldige Sozialversicherung einzusetzen. Obwohl wir die Ueberzeugung haben, daß unser Wahrtum ungehört verhallen wird, so werden wir doch nicht aufhören, unsere Stimme immer wieder zu erheben. Die Regierung und die Gesellschaft muß die oberste Verpflichtung darin sehen, jenen Menschen, die das Opfer der kapitalistischen Politik sind, zu helfen. Wir werden nicht aufhören zu kämpfen, bis die Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitalismus befreit sein wird. (Beifall.)

Günstiger Eindruck der Kanjierrrede in Frankreich.

Paris, 13. Dezember. Die Erklärungen des Reichslanzlers vor den Vertretern der auswärtigen Presse haben nach den Meldungen der Pariser Zeitungen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Es wird hervorgehoben, daß Dr. Marx gesagt hat, die deutsche Regierung sei entschlossen, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und mit größter Energie die notwendigen Reformen durchzuführen. Die Ankündigung, daß Deutschland sich an den Völkerbund zu wenden gedenkt, um eine internationale Anleihe zu erhalten, wird verschiedentlich kommentiert. Einige Zeitungen erklären, daß nur eine schnelle finanzielle Hilfe die Rentenmark stabilisieren könne, sonst würde die Inflation verfallen wie die Papiermark.

Der zweite Tag der Budgetberatung im Plenum des Senates.

Prag, 13. Dezember. Die Budgetdebatte im Senat nimmt einen noch rascheren Verlauf als die Aussprache im Abgeordnetenhaus und hat heute auch reichlich an Interesse verloren. Wie ein träger Bach plätscherte die Debatte vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden dahin.

Den Reigen der Redner eröffnete diesmal der Deutschdemokrat Jelinek. Er sagte: Man duldet die Opposition, weil man sie nicht abschaffen kann. Aber von einem Entgegenkommen ist bisher nichts zu finden. Wenn Sie den nächsten Voranschlag aufbauen auf dem Grundsatz gemeinsamer und friedlicher Arbeit mit allen Bewohnern dieses Staates, und Sparen an richtigen Orte, dann wird es uns vielleicht möglich sein, für einen solchen Voranschlag zu stimmen. Den vorliegenden Voranschlag aber müssen wir ablehnen.

Das große Defizit im „Abbau“-Voranschlag.

Außer tschechischen Rednern sprachen sodann der Landwirtschafter Spies, der unsere jetzige Zoll- und Handelspolitik nicht nur als deutsch, sondern auch als handels- und staatsfeindlich bezeichnete, und

Genosse Reval.

Er sagt u. a.: Der vorliegende Voranschlag soll ein sogenannter „Abbau“-Voranschlag sein, zumindest nach der Meinung der Mehrheit. Dieser „Abbau“-Voranschlag soll ein Erfolg der sogenannten Deflationspolitik sein. Wenn wir nun mit kritischem Auge die Ziffern dieses Voranschlages betrachten, werden wir auf Mängel stoßen, die uns das Gegenteil dessen bezeugen, was die Mehrheit von diesem Voranschlag behauptet. Allerdings ist eines richtig: Die Ausgaben und Einnahmen in diesem Voranschlag sind beide fast um die gleiche Summe erniedrigt worden, die Ausgaben um 2,3 Milliarden, die Einnahmen um 2,4 Milliarden.

Das Defizit ist im Verhältnis zum Vorjahre jedoch um 44 Millionen größer.

Wenn Sie den Bericht des Budgetausschusses lesen, so finden Sie eine bemerkenswerte Stelle. Es heißt dort: Die ursprünglichen Fehlbeträge haben sich nachträglich infolge der erhöhten Steuererträge bedeutend verringert, und zwar hat sich für das Rechnungsjahr 1919, wo ein Fehlbetrag von 4,9 Millionen angenommen wurde dieser Fehlbetrag um 2,193 Millionen verringert, für 1920 von 4,852 Millionen auf den Betrag von 4,375 Millionen.

Wir sehen das krankhafte Bestreben, die Ausgaben im Budget zu verringern. Wir wissen, daß wenn irgend ein Ministerium, sei es das Schulministerium, das Ministerium für soziale Fürsorge oder ein anderes Ministerium Mittel braucht, es am Finanzministerium gelegen ist, diese Mittel zu bewilligen. Den Einwurf „Das Finanzministerium bewilligt nicht“, haben wir schon oft gehört, wenn wir bei einem Ministerium über mangelhafte Fürsorgemaßnahmen geklagt

haben. Der Finanzminister ist also die wichtigste Person in unserer Regierung und deswegen unterzieht auch Redner das Kapitel „Finanzministerium“ einer näheren Betrachtung.

Redner wirft die Frage auf, warum im ganzen Budget kein Posten über die Verzinsung der sogenannten Reparationschulden und der Verrechnungsgebühr zu finden ist. Das wird zur Folge haben, daß man uns

eines Tages eine große Rechnung über nicht bezahlte Zinsen

überreichen wird. Gegen eine solche Budgetierung ist wohl das größte Mißtrauen gerechtfertigt. Auch sonst zeigt sich, daß im Sinne einer erfolgreichen Deflationspolitik nirgends der Aufwand für die Zentralstellen gesunken ist. Wir haben keine Gewähr dafür, daß die Politik Rasins glücklich war, und nur der Zusammenbruch Deutschlands hat unsere Industrie vor dem Ruin bewahrt. An einen Abbau der Post- und Eisenbahntarife, der Tabakpreise, wird im Budget nicht gedacht. Ein anderes „gutes“ Zeichen für die Deflationspolitik ist das Steigen der Getreidepreise. Die Erparungen im Landesverteidigungsministerium treffen nur die Mannschaft, der Aufwand für die katholische Kirche wird erhöht. Jene Summen, die im Jahre 1923 nicht ausgegeben wurden, werden in das neue Budget übernommen. So wird in allen jenen Abenden gespart, die die Bevölkerung treffen, nicht aber in den Zentralstellen. Gewiß muß, wenn es besser werden soll, die Kaufkraft der Krone steigen, aber

der Weg, den die Koalition einschlägt, ist nicht der richtige.

Redner polemisiert gegen die Ausführungen des Ministers Dr. Godža im Budgetausschuss und sagt, daß für die Landwirtschaft von ihm wegen am besten gefordert wird. Er begründet sodann eine Resolution dahingehend, daß die Gemeinden ihre Steuern selbst einheben sollen und schlägt: Der Voranschlag kann nach dem Gesagten nicht unsere Billigung finden. (Beifall.)

Der deutsche Nationalsozialist Fahrenz beklagt es, daß ihm das „Zick auf den Boden des Staates stellen“ dadurch verhindert werde, daß auf diesem Boden die Korruption blüht.

Das Haus ging sodann in die Beratung des letzten Abchnittes des Budgets, der Kulturgruppe über. Der deutsch-magyarische Christlichsozialer Kopernick glaubte, das Recht der magyarischen Bevölkerung auf den Ausbau ihres Schulwesens dadurch verteidigen zu müssen, daß er auf die russische bolschewistische Jugend, die in Prag studiert, schimpfte.

Die Not der deutschen Universität.

Im weiteren Verlaufe der Debatte gelangte auch Genosse Medkowsky zum Worte, der sagte, die Opposition könne nur den Versuch machen, den loyalen Elementen der Mehrheit die Verhältnisse zu zeigen, wie sie sind. An eine Demokratie ist eigentlich nur eine Oligarchie, nicht einmal eine Pseudodemokratie. In der Legislative äußert sich der Zug zum Bürokratismus darin, daß man nur Ernährungs-gesetze schafft. So

Unterstützung bei Elementarschäden.

Prag, 13. Dezember. In der heutigen Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses wurden 14 Anträge verschiedener Parteien auf Unterstützung der von Elementarschäden Betroffenen in Verhandlung gezogen. In der Debatte sprach u. a. Abgeordneter Genosse Leibl. Er verwies darauf, daß die besten Gelehrte nichts nützen, wenn in der Praxis ihr Sinn ins Gegenteil gekehrt wird. Dies sei jetzt bei der Verteilung der vom Landwirtschaftsministerium für einzelne Bezirke bewilligten Notstandsunterstützungen der Fall. Während das Landwirtschaftsministerium den Grundbesitz vertritt, daß die wirtschaftlich Schwachen unterstützt werden sollen, wurden z. B. im Bezirke Kráslav 30.000 K so verteilt, daß unsere Kleinlandwirte vollständig übergegangen wurden. Alle bisherigen Maßnahmen, die Elementarschäden gut machen sollen, waren unzulänglich. Steuernachlässe nützen den Kleinlandwirten zu wenig. Notwendig wäre die unentgeltliche Beistellung von Saatgut und Futtermitteln, weiters entsprechende Geldausshilfen. Nur eine obligatorische, gut ausgebaute Elementarversicherung könne wirkliche Hilfe schaffen. Zum Schluß wurde ein Subkomitee gewählt, welchem auch Genosse Leibl angehört, das bis zum 19. Dezember konkrete Vorschläge erstatten soll.

Inland.

Die Willkür des Zensors.

Prag, 13. Dezember. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die Genossen Buntel, Kárpál, Gránzner und Genossen an den Justizminister wegen Konfiskation unseres in Aussicht erscheinenden Parteiblattes „Volksrecht“ eine Interpellation folgenden Inhaltes gerichtet:

In der Nummer vom 1. Dezember 1923 des in Aussicht erscheinenden sozialdemokratischen Tagblattes „Volksrecht“ wurde in dem unter dem Titel „Arbeiter, schüßet Eure Schule“ veröffentlichten Artikel die folgende Stelle beschlagnahmt:

Die die Beschlagnahme vornehmende politische Bezirksverwaltung Auffig begründete die Konfiskation durch die Berufung auf die Bestimmung des § 300 des Strafgesetzbuches, während das Kreis- als Strafgericht in Leitmeritz über Antrag des Staatsanwalts in dem Erkenntnis vom 4. Dezember 1923 I. 46/23 erkannte, daß der Inhalt des in der Nummer 275 veröffentlichten Artikels vom 1. Dezember 1923 auf Seite eins bis zwei in der Stelle: „Das Präsidium des ... Ständes“ den Tatbestand des in § 300 St. G. B. bezeichneten Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung begründet, die Beschlagnahme durch die politische Bezirksverwaltung Auffig nach § 489 St. B. D. bestätigt, nach § 483 St. B. D. und nach § 36 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 6 R. G. B. I. ex 1845 das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen und nach § 37 des zitierten Gesetzes die Vernichtung der mit Beschlag belegten Exemplare verordnet wird. Nach Absatz 2 des § 20 des Pressgesetzes wird ausgesprochen, daß der Redakteur verpflichtet ist, dieses Erkenntnis in dem nächsten Blatte auf der ersten Seite kostenfrei auszunehmen. Die Tatsache allein, daß die Konfiskationsbehörde und das Gericht auf die der krafttesten Willkür Raum gebenden Bestimmungen des § 300 zur Rechtfertigung der Beschlagnahme zurückgreifen mußten, beweist an und für sich, daß es sich hier wie schon so oft um einen Akt von Konfiskation willkürlicher handelt, welcher jede in Rechte der Kritik und Pressefreiheit geradezu höhnt.

Aus diesem Grunde richten die interpellierenden Genossen an den Herrn Justizminister die Anfrage, ob die politische Bezirksverwaltung in Auffig und die Staatsanwaltschaft in Leitmeritz aus eigener Machtvollkommenheit oder über Weisung der vorgelegten Behörden bei Veranlassung dieser Konfiskation gehandelt hat und ob der Herr Justizminister bereit ist, die Unterbehörden anzuweisen, daß diese die Pressefreiheit wahren und Konfiskationen von der in der Interpellation angeführten Art unterlassen sollen.

Schon wieder ein neues tschechisches Tagblatt. Erst gestern meldeten wir, daß die Legionäre demnächst an die Herausgabe eines Tagblattes schreiben werden. Nun meldet der „28. Lijen“, der bisher als Abendblatt erschienen ist, daß er vom 16. Dezember an zweimal täglich herauskommen wird. Das Blatt hat bis vor kurzem dem Abgeordneten Hudek gehört und ist jetzt in andere Hände übergegangen. Es führt den Untertitel „Unabhängige Zeitung“.

Das neue Unterhaus wird Sowjetrußland anerkennen.

London, 13. Dezember. Dem diplomatischen Berichterstatter der „Daily News“ zufolge wird angenommen, daß in dem neuen britischen Parlament eine Mehrheit von 90 bis 100 Mitglieder zugunsten der Anerkennung Rußlands vorhanden sei.

Die Arbeiterpartei als Regierungspartei.

London, 13. Dezember. (M.) Der Vollausschuß der Arbeiterpartei beriet heute über die Taktik, die die Partei nach dem Zusammentritt des Parlaments verfolgen soll. In einer gestern angenommenen Resolution erklärte der Vollausschuß, daß die Partei in keiner Form durch eine Koalition mit irgend einer der übrigen Parteien binden wolle. Nach der Interpretation der amtlichen Kreise der Arbeiterpartei schließt aber diese Erklärung eine Kooperation mit den liberalen Führern, resp. ein einholen Ihrer Anschauung nicht aus. Einen der Gegenstände der heutigen Beratungen des Vollausschusses der Partei bildete eben die Frage, wie weit eine ähnliche Kooperation zulässig wäre. Es ist allerdings klar, daß ohne eine Kooperation mit den Liberalen für die Arbeiterpartei nicht die Notwendigkeit zur Regierungsbildung eintreten kann, da sie allein zum Sturz der gegenwärtigen Regierung nicht genügt. Den Beschluß des Vollausschusses der Partei schloß der Generalrat des Trade Union Congress an. Es wurden zwei Resolutionen angenommen, deren erste dem Führer Ramsay MacDonald das vollkommene Vertrauen ausdrückt. In der zweiten wird die Regierung angefordert, sofort ihre Pläne hinsichtlich einer angemessenen Lösung des Arbeitslosenproblems mitzuteilen.

Wenn die Regierung der Lords fällt, müssen die Lordsprivilegien nach!

Berlin, 13. Dezember. Der Sonderberichterstatter des „Vorwärts“ in London hatte eine Unterredung mit Lord Salbane, der als Anhänger der Arbeiterpartei gelte, wenn er auch seinen Beitritt noch nicht formell vollzogen haben dürfte. Im Falle einer Arbeiterregierung müßte der König einige Arbeiterführer zu Lords ernennen, da es schwierig wäre, in den Reihen der Arbeiterpartei Kabinettsmitglieder zu finden, die Lords sind, da nur Lords dem Oberhaus angehören dürfen. Nur Lord Salbane läme im Augenblick schon als Mitglied eines Kabinetts MacDonald für das Oberhaus in Frage. Salbane erklärte dem „Vorwärts“-Vertreter, daß er mit Recht in England als deutschfreundlich gelte; seine Gefühle für das deutsche Volk habe er nie verheimlicht. Lord Salbane kann sich auch nicht denken, daß Deutschland wieder zur Monarchie zurückkehren könne. Auch ist er überzeugt, daß es in Europa in den nächsten 20 Jahren keine neuen Kriege geben werde.

Macdonald über die interalliierten Schulden

London, 13. Dezember. (M.) Ramsay MacDonald gab dieser Tage in einer Unterredung mit dem Vertreter eines Pariser Blattes eine Erklärung über die Frage der interalliierten Schulden ab, über die gestern in der belgischen Kammer gesprochen wurde. MacDonald präparierte nun diese Erklärung in folgender Weise: Ich habe, sagte er, gesagt, daß wenn es nicht zu einer allgemeinen Regelung der alliierten Schulden kommt, auch Großbritannien seine amerikanischen Schulden weiterhin nicht bezahlen und gleichzeitig zulassen kann, daß Frankreich, dessen Industrie in einer besseren Lage ist, seine Verpflichtungen Großbritannien gegenüber auferacht lasse. In dem, was ich tatsächlich gesagt habe, ist kein Widerspruch damit, was vereinbart und was auf internationalen Konferenzen in Frankfurt angenommen wurde. Wir sind niemals auf etwas eingegangen und werden auch niemals auf etwas eingehen, was Großbritannien zum Schaden und einem anderen Staate zum Vorteil sein könnte.

Der öfter einjährige Poststreik beendet.

Wien, 13. November. (R. V.) Um Mitternacht ist es gelungen, eine Einigung zwischen den Bundesangehörigen und der Regierung herbeizuführen, so daß der Post-, Telegraphen- und Telephonstreik nach dreitägiger Dauer ein Ende gefunden hat. Offiziell wird darüber mitgeteilt: Die Verhandlungen zwischen dem Unterausschuß und dem Aktionskomitee sind in der Nacht von gestern auf heute zu einem vorläufigen Ab-schluß gelangt. Die Vereinbarungen müssen zunächst entsprechend früheren Gewerkschaftsbeschlüssen von den Gewerkschaftsvorständen gutgeheißen werden. Wird die Zustimmung der Gewerkschaftsvorstände erlangt, so wird der Dienst in allen Ämtern im Laufe des Vormittags aufgenommen werden.

Vom Aktionskomitee wurde nach Schluß der Verhandlungen mitgeteilt, daß es noch nicht in der Lage sei, den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit bekanntzugeben; das Komitee müsse erst den Gewerkschaftsvorständen berichten und deren Genehmigung einholen. Es habe sich auch mit den Vorschlägen des Subkomitees nur vorbehaltlich dieser Genehmigung einverstanden erklärt. Geben die Gewerkschaftsvorstände, die für 7 Uhr früh zur Berichterstattung ihrer Vertreter im Aktionskomitee versammelt sein werden, ihre Zustimmung, so kann der Betrieb noch im Laufe des Vormittages aufgenommen werden.

Fortdauer des Telegraphen- und Telephonstreiks.

Wien, 13. Dezember. (R. V.) Der Postverkehr wird im Laufe des abends aufgenommen. Der Telegraph- und der Telephonverkehr dauert weiter an.

Jaworina und kein Ende.

Benesch und Skirmunt haben vor dem Völkerbundrat.

Paris, 13. Dezember. In seiner heutigen öffentlichen Vormittags-Sitzung beschäftigte sich der Völkerbundrat vorerst mit einigen Marschallfragen, um hierauf in Anwesenheit von Skirmunt (Polen) und des Präsidenten des Danziger Senates Dr. Sahm über die Frage eines Depots für polnisches Kriegsmaterial in Danzig zu beraten.

Nachmittags trat der Völkerbund zu einer neuerlichen Sitzung zusammen, deren erster Teil für geheim erklärt wurde. In der öffentlichen Sitzung wurde die Frage der Grenzabänderungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei im Jaworinagebiet verhandelt. Berichterstatter Quinones de Leon hob hervor, daß sowohl Polen als auch die Tschechoslowakei betont haben, daß sie sich dem Befund des Haager ständigen Gerichtshofes unterwerfen wolle.

Skirmunt trat hierauf für die von der Grenzsetzungskommission am 25. November 1922 beantragte Linie ein, die dem Beschluß der Völkerbundrat vom 28. Juli 1920 entspricht. Zur Bekräftigung der polnischen These beruft er sich auf den Präsidenten der Grenzsetzungskommission, der behauptete, daß die von der Grenzsetzungskommission empfohlene Linie den ökonomischen Bedürfnissen beider Länder entspricht und mit der Entscheidung vom 28. Juli 1920 übereinstimmt.

Ihm antwortete Dr. Benesch, er glaube gegen den Standpunkt Skirmunts anführen zu müssen, daß jene erwähnte, von der Grenzsetzungskommission empfohlene Linie nicht mit dem Beschluß des Völkerbundrates übereinstimme. In der Bemerkung des Präsidenten Uffers, welche von Skirmunt erwähnt wurde, bemerkte Benesch, daß es sich um ein striktes Schreiben handle, welches nicht als Dokument dienen könne. Außerdem führte Benesch an, daß die Grenzsetzungskommission ein Jahr vorher bei der Verhandlung dieser Frage dahin entschieden habe, daß ihre Kompetenz zu so großen Modifikationen nicht hinreicht.

Es entspann sich hierauf eine Debatte, in welcher polnischerseits eine Reihe Fragen berührt wurde, auf welche Dr. Benesch antwortete und den polnischen Standpunkt entwarf. Schließlich dankte der Vorsitzende Branting den beiden Herren für die vorgebrachten Erklärungen und für den zum Ausdruck gebrachten Entschluß, sich dem Schiedsspruch zu fügen. Es wurde hierauf beschlossen, daß der Völkerbundrat sich morgen abends weiter mit dieser Frage befassen soll.

Benesch will mit Polen direkt verhandeln.

Der Pariser Berichterstatter der „Gazette Warszawski“ telegraphierte seinem Blatte ein Interview mit Dr. Benesch über die Jaworina. Dr. Benesch erklärte, daß das Gutachten des Haager Schiedsgerichtes die tschechische These vollständig bestätigt und bloß eine minimale Verschiebung der Grenzen, die durch die Völkerbundrat bestimmt sind, zuläßt. Wenn der Völkerbundrat das letzte Gutachten des Schiedsgerichtes so auslegen würde, daß Grenzänderungen um ganze Bezirke zulässig sind, dann würde er fordern, daß der Völkerbundrat sich neuerlich behufs Aufklärung des entsprechenden Gutachtens an das Haager Schiedsgericht wendet. Benesch erklärte weiter, daß er bereit sei, noch vor der Entscheidung über die Jaworina durch den Völkerbundrat mit Polen direkte Verhandlungen einzuleiten und einen Vertrag über die Grenzen zu unterfertigen, der eine Verbindung der Jaworina mit der Arwa ermöglicht würde. Der Berichterstatter des Blattes fügt zu diesem Interview die Bemerkung hinzu, daß für diesen Standpunkt Dr. Benesch die Verantwortung zwischen Polen und der Tschechoslowakei nicht leicht sei. Der polnische Delegierte beim Völkerbundrat Skirmunt erklärte kategorisch, daß Polen auf dem Standpunkt beharrt, daß das Gutachten des Haager Schiedsgerichtes vollständig die Rechtsgültigkeit der Entscheidung der Grenzsetzungskommission vom 25. September 1922 vollständig anerkennt, weshalb Polen die Entscheidung des Völkerbundes in diesem Sinne fordert.

Rincic über die Außenpolitik Jugoslawiens.

Mildere Atmosphäre im Verhältnis zu Ungarn. — Der Standpunkt EHS in der Reparationsfrage französischfreundlich.

Belgrad, 12. Dezember. Minister des Außenwesens Rincic legte im Finanzsausschuß der Stpalatin in Erwidern von Anfragen oppositioneller Abgeordneter dar, daß die auswärtige Politik des Königsreiches EHS auf eine Unterstützung der Aktion zur Schaffung eines unabhängigen serbischen Königreiches abzielt, auf die Konsolidierung Griechenlands und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit der Türkei und mit Bulgarien. Mit dem letzteren wurden in den jüngsten Tagen Konventionen abgeschlossen, welche normale gegenseitige Beziehungen erstreben. Solange jedoch Banditen, wie der berühmte Vrlo nach Südbosnien einfallen, um die dortige Bevölkerung zu mordeten, könne man schwer an die Herstellung aufrichtiger freundschaftlicher Beziehungen mit Bulgarien glauben.

In den Beziehungen mit Ungarn ist in letzter Zeit eine mildere Atmosphäre ge-

schaffen worden. In der Frage der ungarischen Anleihe kamen die Staaten der kleinen Entente überein, sich im Prinzip dem Abschluß dieser Anleihe nicht zu widersetzen, sie aber nur dann auflassen zu können, wenn auch ihre Interessen gewahrt werden. Anschließend der „freundschaftlichen Beziehungen“ mit Italien habe der Minister keinen Grund dafür, daß die Finanzfrage nicht im gegenseitigen Einvernehmen von der Taakordnung abgelehrt werden könnte. Obwohl in der Reparationsfrage zwischen Frankreich und England keine Übereinstimmung besteht, ist es im Interesse des Königreiches, wie ganz Europas, daß diese Übereinstimmung erzielt wird. In der Reparationsfrage sei der Standpunkt Jugoslawiens zweifellos dem Standpunkte Frankreichs näher.

Das Königreich sei ebenso gegen die Restauration der Hohenzollern, wie es gegen die Restauration der Habsburger ist.

Kurze Auslandsmeldungen.

Statt Goldmark: Papiermark, Rentenmark und Westmark.

Berlin, 13. Dezember. Das wertbeständige rheinische Zahlungsmittel wird den Namen Westmark führen. Eine Westmark soll gleich einer Goldmark sein. Die Westmark soll die einzige Zahlungsmittel in den besetzten Gebieten sein und bis zur Ausgabe der deutschen Goldnote in Umlauf bleiben. Diese letztere Goldnote hofft Zahlungskommissar Schuch bis zum April des nächsten Jahres in Umlauf zu bringen.

Die Generalskammer ist.

Berlin, 13. Dezember. General von Seck hat die Abhaltung des Reichskonferenzen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, der am 16. Dezember in Berlin ankommen sollte, verboten.

Tages-Neuigkeiten.

Ruhr-Patrioten.

An allen Ecken, in jeder Amtsstube, in jedem Eisenbahnabteil sah man die kleinen Plakate „Hände weg!“ „Sah man das trotzig, Mein!“ den Arbeiter mit den Reitschneiben durch das leidende Gesicht. Plakatierte Vaterlandsliebe muß mißtrauisch machen. Für Jahnpupmittel mögen Plakate gut sein, für den Kampf eines Volkes um Leben und Tod ist ihr Wert fragmentarisch. Immerhin sind es Dokumente. Der schnell vergehende Sinn unseres Volkes braucht sie. Sonst könnte man ihm zu leicht einreden, daß der passive Widerstand notwendig war um das Micum-Abkommen zustande zu bringen.

Es gab analoge Fälle. Bis zum Tage der Revolution waren z. B. unsere Matrosen für jeden guten Deutschen „unsere herrlichen blauen Jungens“. Als einige von ihnen in Kiel die rote Fahne hielten, wurden alle Laten, alle Leiden von viereinhalb Jahren vergessen. — den Jauchefässern „vaterländisch“ gesinnter Kreise entströmten konzentrierte Düste, unter denen der an reine Luft gewöhnte „Danke des Vaterlandes“ seinen Geist aufgab.

Genau so liegt der Fall heute. Der harte Sinn unserer westfälischen Arbeiter sagte „Mein!“ — derweil hinter verschlossenen Türen das „Ja“ weniger trotziger Kreise in Paragraphen formuliert wurde. So daß ein Zentrumsmann in der „Duisburger Volkszeitung“ schreiben muß:

Hunger und Frost, Not und Elend, Arbeitslosigkeit, Blut und Totschlag, offene Rebellion sind wieder einmal der „Dank des Vaterlandes“ und in verbitterten Gemütern will die Meinung nicht verstummen, daß man uns wegwirft auf die Straße als wertlos gewordenen Gut, wie eine ausgepreßte Zitrone, oder daß Berlin nach dem Ruhme eines Rostopshin gelüftet, der Moskau verbrannte, um es nur als Wüste dem Sieger zu überlassen.

Das Elend der breiten Volksmassen von Rhein und Ruhr ist fürchterlich. Butter, Fett, Milch — leere Begriffe. Kartoffeln in kleinsten Mengen. Die Säuglinge werden mit Zuckerrwasser am Leben gehalten — die Generation, die Deutschlands Hoffnung ist. Die Städte, die „auf der Ruhe liegen“, haben keinen Hausbrand. Die Schulen von Militär belegt, so daß an manchen Orten, wie Ruhrort, keine einzige Volksschule mehr für den Unterricht und als Wärmehalle frei ist. Dabei die doppelt so hohe Lebenshaltung, in der der Franken die entscheidende Rolle spielt. Als Dank für alle die Leiden der vergangenen elf Monate Arbeiterentlassungen im größten Umfang. Neue „Übereinkommen“ die Diktate sind Willkür gegenüber dem gesetzlich festgelegten Betriebs- und Angestelltenrat. An der Leinwand dieses schauerlichen Films steigt das Bild auf: „Thyffens Empfang in Essen“, 80. bis 100.000 hütchenwendender jubelnder Männer, die dem „Gelden“ einen königlichen Empfang bereiteten. Tausende von Arbeitern unter ihnen. Verbrüderung von Kapital und Arbeit. Und auf den Tisch flattert ein Blatt: Geheimbericht über verschiedene Sitzungen zur Rhein-Ruhrfrage, in dem es u. a. heißt:

Glauben Sie ja nicht, wenn wir jetzt in der Zeit der schreienden Not zu diesem Schritte gekommen sind (einen Rhein-Ruhrstaat zu verlangen), daß wir schlechte Patrioten wären. Wir nehmen das Gegenteil für uns in Anspruch und glauben

Halten ihrer Geschäfte auch an diesem Sonntag zu verlangen. Dem Geschäftsausschuss und der Lepziger Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr ist es durch rechtzeitiges Einschreiten gelungen, diesen Anschlag auf die Sonntagsruhe der Handelsangestellten und gleichzeitigen Bruch des Vertrages und der gesetzlichen Bestimmungen zu verhindern, sowie zu erwirken, daß auch beim Weihnachtsmarkt des Bundes der Deutschen das Offenhalten und Verkaufen an diesem Sonntage nicht gestattet wurde. Das Interesse an der Sache ist, daß gerade die Herren vom Bund der Deutschen, die noch vor ganz kurzer Zeit sich bei den Gemeindevahlen als die einzigen wahren Freunde der Angestellten aufspielten, durch ihr Vorgehen und Verhalten die schwer erkämpfte Sonntagsruhe und Arbeitszeit der Handelsangestellten gefährden. Dies ist auch ein deutlicher Beweis dafür, daß diesen Herren, die sonst von Angestelltenfreundlichkeit nur so triefen, in Wirklichkeit das Profitinteresse der Unternehmer viel höher steht und daß sie auf die Lage der Angestellten überhaupt keine Rücksicht nehmen, wenn es darum geht, einigen Geschäftsleuten eine günstigere Verkaufsmöglichkeit zu verschaffen. Zwischen Worten und Taten ist eben ein großer Unterschied, der allen Angestellten zu denken geben muß.

Die tschechischen Gewerkschaften im Jahre 1922. Das Sekretariat der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen gibt jeben den Bericht über die ihm angeschlossenen gewerkschaftlichen Verbände im Jahre 1922 heraus. In dem genannten Jahre sind zehn Verbände infolge der Wahlarbeit der Kommunisten ausgetreten und zehn Verbände wurden neu gewonnen, darunter die Organisation der tschechischen Schauspieler und die Organisation der Grenzwaecher. Der Mitgliederstand betrug im Jahre 1922 388.924, was gegen das Jahr zuvor einen Verlust von 95.229 oder 19.69 Prozent bedeutet. Die Einnahmen der Verbände betragen 49.320.132, das ist um 17.897.580 weniger als im Vorjahr. Die Ausgaben 53.519.618, das ist um 5.411.844 mehr als im Vorjahr. Das Vermögen belief sich auf 33.421.912, das ist um 13.609.581 weniger als im Vorjahr.

Unternehmerbrutalität. Am 11. Dezember wurde sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Fehr und Wolf A.-G. in Kronstadt im Adlergebirge vierzehntägig gekündigt, sodas die Entlassung am 25. Dezember, also gerade am Weihnachtstage erfolgt, am Tage des Festes der Liebe. Diese Entlassung hat folgende Vorgeschichte: Im Juli 1922 sollten die Arbeiter der genannten Firma durch den bevollmächtigten Vertreter, einen gewissen Divisek, der einer der ärgsten Arbeiterfeinde ist, um zehn bis zwölf Prozent ihres Lohnes gekürzt werden. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes legten die Berufung an die Schiedskommission in Rokittitz ein, welche durch Schiedspruch den Arbeitern eine Abfertigung zusprach und die Entlassung der Mitglieder des bisherigen Betriebsausschusses, welche gleichzeitig vom Unternehmer verfügt wurde, als unzulässig erklärte. Der brutale Unternehmervertreter stellte nun aus Rache über diesen Entschluß den Arbeitern keine Beistütungen über die Ursache der Entlassung aus, sodas die Entlassenen nicht einmal in den Besitz der staatlichen Arbeitslosenunterstützung gelangen konnten und fünf Monate auf dem Pflaster lagen, ohne irgend einen Kreuzer zu bekommen. Die Firma ging nun mit einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, der aber das Rokittitzer Erkenntnis bestätigte. Ueber die Entlassung der Betriebsausschussmitglieder sprach der Verwaltungsgerichtshof sein Urteil erst am 2. Oktober 1923, also nach mehr als einem Jahre aus. Daraufhin kam am 6. Oktober 1923 ein Teilvergleich mit der Firma zustande, aber die Firma weigerte sich, ihr Wort zu halten und zahlte die durch den Vergleich festgesetzten Beträge den Arbeitern einfach nicht aus. Erst am 2. Dezember erfolgte ein Teilzahlung, während die Firma den Mitgliedern des Betriebsausschusses allein etwa 18.900 K schuldig ist, wozu noch sechs Prozent Zinsen für 17 Monate kommen. Nun hat die Firma einen weiteren Nachschuß an den Arbeitern vollzogen, indem sie wegen angeblichem Arbeitsmangel sämtliche Arbeiter entläßt und wahrscheinlich in ihren preussisch-schlesischen Betrieben alle Aufträge ausführen wird. Doch gerade die Arbeiterentlassungen zum Weihnachtsfest erfolgen, ist ein Beweis dafür, wie fassch alle die Phrasen der besitzenden Klassen vom Feste der Liebe sind.

Profit und Arbeitslosigkeit. Seit Juli ist die englische Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen; eis bis zwölf Prozent der Arbeiterschaft ist arbeitslos, und ein großer Prozentsatz ist auf Kurzarbeit gestellt. Im englischen „Economist“ lesen wir den Bericht über die Profite der Industrieunternehmen im dritten Quartal, die den eigenen Angaben von 209 Unternehmen entnommen sind. Dem zufolge stiegen die Profite in diesem Quartal ganz enorm, um nicht weniger als 65 Prozent. Der durchschnittliche Profit einer Industrieunternehmung betrug 1921 75.800 Pfund, 1922 58.000, 1923 82.850 Pfund. Gegenüber 1921-22 waren die Profite 1922-23 um 16 Prozent höher. Es waren also nicht die Unternehmer, welche die Last der Arbeitslosigkeit trugen. Der Arbeitsminister, Sir Barlow, erklärte vor kurzem, daß die für die Arbeitslosigkeit aus öffentlichen Mitteln verwendete Summe 100 Millionen Pfund beträgt (zwei Millionen Goldmark! Die deutsche Reparationslast von einem Jahre!) Diese Zustände legen den Gedanken sehr nahe, die Last der Arbeitslosenunterstützung nicht dem Staat, sondern der Industrie welche die Arbeitslosen aufzeigt, zufallen zu lassen. Die Unternehmer hätten dann, statt die Arbeiter zu entlassen, um ihre Profite durch

Einschränkung der Kosten zu erhöhen, eine Veranlassung, ihre Betriebe auch bei verminderten Profiten zu betreiben.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Jülich	Schw. Frank	16,75-75
Berlin	Mark	124.000,000,000-00
Wien	östrer. Krone	2078-00

Prager Kurze am 13. Dezember.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1314,00	1318,00
1 Million Mar.	7.8100	8.0000
100 belg. Frank.	157,50	159,00
100 schwed. Frank.	599,75	602,25
1 Pfund Sterling	170,1250	151,9250
100 Lire	148,5000	150,0000
1 Dollar	4,3250	34,7250
100 franz. Frank.	182,2500	182,7500
100 Dinar	38,9500	39,4500
10.000 magrar. Kronen	18,9500	18,9500
1.000.000 poln. Mark.	7,0000	8,5000
10.000 östrer. Kronen	4,5800	5,0800

Kunst und Wissen.

Zweites Arbeiter-Symphonie-Konzert im Auffig.

Am 11. Dezember.

Nur zwei Namen nannte das Programm, die nicht nur die Schöpfer der das ganze Konzert beherrschenden Werke sind, sondern aus zwei Welten ganz verschiedener Art stammen und ihre typischen Vertreter genannt werden können: Franz Schubert und Gustav Mahler. Schubert der Tyrkter auch in der Symphonie, gehört den Klassikern an und Mahler, unter den Modernen der letzte Meister der Symphonie, und doch auch Tyrker, nur in anderer Weise wie sein Vorgänger. Das Schubert als einer der Ersten den Arbeitern vermittelt wird, finde ich als selbstverständlich; nicht gleich ein Zweiter spricht so vom Herzen zum Volke wie er. Seine Lieder sind wahrstes, edelstes Volksgut geworden und auch seine übrigen Werke sprechen so zum Hörer, wie ein schlichter Redner zu Menschen zu sprechen pflegt, die aufnahmefähig jedem Sage mit Herz und Verstand lauschen. Kein gekünsteltes Pathos, sondern Natürlichkeit überall. Die Lieder singen für sich und jede Erläuterung würde den Eindruck abschwächen; aber auch z. B. das Liebliche Thema im ersten Sage der 8. Moll-Symphonie, wird auf jeden musikalisch empfänglichen Menschen so wirken, daß er sie nie mehr ganz vergißt. Anders steht es wohl mit Mahler. Mahler will nicht nur gefühlsmäßig aufgenommen, sondern mit musikalischem Wissen verstanden sein, und das kann man doch nicht von jedermann verlangen. Um im Bilde zu bleiben: Wie der hochgebildete, gelehrte Redner, der auch gelegentlich versucht, vollständig zu sein, nur auf den geschulten Zuhörer wirkt, so ist die Wirkung der 1. Symphonie — D-Dur — auf die Menge. Das das Werk fasziniert, wie ein herrliches, in allen Farben schillerndes Mosaikbild, ist die natürliche Folge der vielen musikalischen Effekte. Wenn man da die Violinen im künstlichen Flageolett, die gedämpften Blechinstrumente erklingen hört, ja sogar die Tuba eine Melodie in ziemlich hoher Lage anstimmt, so ist das eben moderne Musik. Das

alle Schlichkeiten in ihrer ganzen Schönheit, wie sie die Schubert-Symphonie enthält, und die Kunststücke, wie sie Mahler bietet, vollendet zur Geltung kamen, ist nur dem Gastdirigenten, Herrn Alexander Zemlinsky aus Prag zu danken. Ein wirklicher Meister der Kapelle, eine Kapazität in diesem Zweige der Kunst, holt fast ungläubliches aus dem Orchester heraus. Jede Feinheit, jede Schattierung, kommt so entzückend, daß sie wie noch nie gehört klingt. Besonders Schubert wurde in solcher Schönheit geboten; wie Sphärenmusik erklangen die Weigen, wie Sirtenchöre die Holzbläser. So wie Zemlinsky die Meisterwerke herausarbeitet, ist jedes in seiner Art das Schönste. Aber man weiß nicht, ob nicht dem Orchester mindestens dasselbe Lob gebührt, denn die Bewältigung der gestellten Aufgabe ist an sich keine Kleinigkeit, um so mehr, als der Kontakt zwischen Dirigent und Orchesterkörper dadurch ungemein schwer hergestellt wird, daß in jedem Konzerte ein anderer den Taktstock schwingt. Dieses gegenseitige Anpassen ist ein ebensoviel Kunststücken, wie die Darbietungen überhaupt. Und die Darbietungen erinnerten stellenweise an manche philharmonische Körper, die aber den genannten Unannehmlichkeiten nicht ausgefetzt sind, wovon wohl die Leistungen im allgemeinen vollauf gewürdigt sind; den ersten Weigen gebührt ein Separatkompliment. Zwischen den beiden Symphonien arg das Mitglied des Auffig Stadttheaters, der Bassist Herr Weill, drei Schubert-Lieder: „Der Tod und das Mädchen“, „Der Wanderer“ und „Am Meer“. Der Sänger ist noch jung und wird es ja noch zu einem Lieberfänger bringen, aber jetzt ist seine Vortragweise noch zu theaterhaft und auch die Stimme verträgt noch Schulung, obwohl nicht verschwiegen werden soll, daß das Organ ziemlich umfangreich ist und später auch Klang bekommen wird. Fünfzig Prozent des Beifalles waren wohl auf den Lokalpatriotismus zurückzuführen, so daß der „Lindenbauer“ als Zugabe erfolgte.

Im allgemeinen wäre wohl jetzt schon zu verlangen, daß die Konzertbesucher sich die bürgerliche Art der Unpünktlichkeit abgewöhnen. Das jetzt voraus, daß pünktlich begreifen und jeder Zusprohmende ausgespart wird. Dieses Radikalmittel nicht. Bei späteren Veranstaltungen soll dafür gesorgt werden, daß der Konzertsaal nicht zur Deringstonne wird und die Besucher nicht aufeinander sitzen müssen, denn auch das beeinträchtigt den Genuß.

Lyceaband Ingeborg Holmgren. (Produktion: hürze Saal, 12. Dezember.) Schweden, die Heima der einst gefeierten Sängerin Sigrid Arnoldsou, hat uns nun auch diese ausgezeichnete Gesangskünstlerin gesendet. Denn Fr. Ingeborg Holmgren ist eine Sängerin, von der man bald viel reden wird. Sie besitzt eine schöne und in allen Lagen gleichmäßig rein und voll ansprechende Stimme und offenbart sich auch in der einfühlernden Art ihres Vortrages als wahre Künstlerin. Natürliche Wärme im Tone ihres quellenden Organes befähigen die Sängerin vor allem für den gefühlsmäßigen Liedgesang. Aber auch über ausreichende dramatische Myene verfügt Fr. Holmgren, wie sie in der zweiten Arie der „Nigun“ der Nacht aus Mozarts „Zauberflöte“ bewies. Zwar ist ihre Koloratur noch nicht flüssig genug und in den hohen Staccato-Tönen hart, — auch etwas mehr Temperament möchte man der Sängerin wünschen, — aber der Reichtum an gesanglichen und rein stimmlichen Qualitäten verheißt

ihre eine glänzende Zukunft. In der Wahl ihres Programmes hatte Fr. Holmgren leider keine glückliche Hand; auch die an den Schluß der Vortragsfolge gestellten Lieder schwedischer Tonleiter erwiesen sich als herzlich unbedeutend. In Prof. Franz Langers von der deutschen Musikakademie hatte die Sängerin einen zuverlässigen Begleiter am Flügel. —ok.

Beethovenfeier: Neueinstudierung „Fidelio“ mit Josef Manowarda a. O. Beethovens Geburtstag wird kommenden Sonntag durch die Aufführung von „Fidelio“ begangen werden, die vollständig neueinstudiert wurde. Den „Rollo“ singt Josef Manowarda von der Wiener Staatsoper.

Gastspiel Maria Orska in „Russ“ und „Karussell“. Maria Orska wird in der nächsten Woche ein zweimaliges Gastspiel veranstalten, und zwar wird sie Montag, den 17. d. in Wedekinds „Musik“ und Dienstag in Verneufs „Karussell“ auftreten. „Musik“ wird im Neuen Deutschen Theater, „Karussell“ in der Kleinen Bühne gegeben werden. Kartenvorverkauf ab heute an der Tageskasse.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Die schöne Wama“; Samstag „Cavalleria rusticana“ und „I pagliacci“; Sonntag abends „Fidelio“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag „Improvisationen im Juni“; Samstag „Deutsche Kleinstädter“; Sonntag halb 3 Uhr „Der lähne Schwimmer“, abends „Dorine und der Zufall“.

Mitteilungen aus dem Publikum.



OSRAM NITRA

Wer gutes Licht will, scheue die Kosten nicht.

OSRAM NITRA

OSRAM muß auf der Glasglocke stehen

1800

Herausgeber: Dr. Ludwig Czsch und Karl Cermak
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckgesellschaft, Prag.
 Für den Druck verantwortlich: C. Hollk.



PALMA
 Kautschukabstanz &
 Kautschuksohle
 schonen
 Nerven und Füße
 billiger und
 haltbarer
 als Leder

Unbegrenzt haltbar,



Ceres

das billigste Speisefett.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!

Rechen- u. Addiermaschinen

neu u. gebraucht, führende Marken, stets große Auswahl. Auch leihweise für Jahresabschlüsse.

Thomas Edgar, Prag-II., Retazanta 2a.

Telephon 5041. 2007. Telephon 5041.

Die Volksbuchhandlung **Ernst Sattler, Karlsbad**

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**

Alle nicht lagernden oder wo immer angefündigten Bücher und Zeitschriften werden rasch geliefert.

Café Continental, 1008 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 1009 Prag-Retazanta.

Gastwirtschaft **Deutsches Vereinshaus** Prag, Smetkh 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft **„Lidový dům“** der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich. 8 **PRAG II.,** Hy-ornaká Nr. 7.

! Inferieren Sie im „Sozialdemokrat“ !